

Mehr Praxisunterricht und mehr Geld für gute Lehrer

Land und Wirtschaft wollen Hauptschulen stärken – Übergang in Beruf soll erleichtert werden

Stuttgart – Das Land will die Hauptschulen für Schüler und Lehrer attraktiver machen: Praxisorientierte Lernmaterialien sollen Jugendlichen den Übergang ins Berufsleben erleichtern, Lehrer in Brennpunktschulen sollen künftig besser bezahlt werden.

VON MARIA WETZEL

Wenn Hauptschüler keinen Ausbildungsplatz finden, wird als Grund vor allem „fehlende Ausbildungreife“ genannt. Mit praxisorientierten Lerneinheiten wollen Schulverwaltung und Wirtschaft nun dafür sorgen, dass Hauptschüler am Ende ihrer Schulzeit das beherrschen, was sie für eine erfolgreiche Ausbildung brauchen. Deshalb haben sie vor drei Jahren das Projekt Schule und Betrieb (Schub) ins Leben gerufen.

Im Auftrag von Land und Wirtschaft haben Wissenschaftler der Pädagogischen Hochschule in Ludwigsburg seit 2003 neue Unterrichtsmodule für die Fächer Deutsch und Mathematik entwickelt, die sich stärker an den Erfordernissen von Betrieben und den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der Schüler orientieren. So üben Jugendliche beispielsweise in Rollenspielen Gespräche zwi-

Rau: Modellversuch sehr erfolgreich

schen Verkäufern und Kunden und lernen, in verschiedenen Berufsfeldern entsprechende Maßeinheiten richtig zu gebrauchen.

Mittlerweile haben 150 Modellschulen im Land die neuen Lernmodule für die Acht- und Neuntklässler erprobt. Mit großem Erfolg, erklärten Kultusminister Helmut Rau (CDU) und Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt am Montag in Stuttgart. Durch ihren Einsatz sei ein Lernzuwachs um durchschnittlich 40 Prozent nachweisbar. Die neuen Unterrichtseinheiten sollen künftig an allen Hauptschulen eingesetzt werden, zusätzliche Kosten entstünden ihnen dadurch nicht, sagte Rau.

„Mit unserem Engagement bei Schub setzen wir einen deutlichen Impuls für die Hauptschule“, so Hundt. Diese sei unverzichtbar für den Fachkräftenachwuchs. Wirtschaft und Land übernehmen je zur Hälfte die Kosten in Höhe von 190 000 Euro. Einen Vorstoß in Richtung Lehrer will die



Geplant: Mehr Unterstützung beim Übergang von der Hauptschule ins Berufsleben

Foto: Joker

Landesregierung unternehmen. Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU) kündigte eine bessere Bezahlung für Lehrer in sozialen Brennpunkten an. „Ich freue mich über jeden, der Leistung besser bezahlen will“, sagte Rau zur Ankündigung seines Kabinettskollegen. Konkrete Modelle gibt es allerdings noch nicht, sie sollen frühestens im Herbst vorliegen. Das Land plant bereits seit längerem Veränderungen, weil die Grund- und Hauptschullehrer bisher in derselben Gehaltsstufe einsteigen, in der sie auch pensioniert werden.

„Dies ist ein Schritt in die richtige Rich-

tung“, erklärte der Verband Bildung und Erziehung (VBE). Wichtiger sei vielen Lehrern jedoch eine Entlastung durch günstigere Arbeitsbedingungen – vor allem kleinere Klassen und weniger Unterrichtszeit, sagte der VBE-Landesvorsitzende Rudolf Karg.

Auch aus Sicht der SPD reichen leistungsgerechte Entlohnungssysteme allein nicht aus. Nötig sei vor allem zusätzliches pädagogisches Personal. „Es ist geradezu paradox, dass der Kultusminister die Mittel für die Schulsozialarbeit zusammenstreicht und der Finanzminister öffentlich über eine leistungsgerechte Entlohnung der Hauptschul-

lehrer nachdenkt“, sagte der SPD-Bildungsexperte Christoph Bayer.

Derweil meldet der in Konstanz erscheinende „Südkurier“, Stratthaus plane bei der Reform des Besoldungsrechts, bis zu acht Prozent eines Beamtengehaltes leistungsgerecht zu gestalten. In die neue Besoldung nach Grundgehalt und Leistungsbonus sollen nach einer Kabinettsvorlage des Ministers alle Beamtengruppen einbezogen werden – nicht nur Grund- und Hauptschullehrer.

Weitere Informationen unter:
www.uebergang.org; www.hs-bw.de

Quelle:

Stuttgarter
Nachrichten
25.07.2006
S. 6